

# M O S T O s t d e u t s c h e M o r g e n p o s t

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 201 984.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

## Wieder-Deffnung der Londoner Börse

### Das Absinken des Sterling-Kurses

Frankreich drängt auf Annahme seiner Hilfsbereitschaft

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

London, 22. September. Wider Erwarten hat der Londoner Börsenvorstand beschlossen, die Börse schon am Mittwoch wieder zu öffnen. Dieser Beschluß steht im Gegensatz zu der Auffassung vieler Bank- und Börsenvertreter, die es für notwendig halten, erst eine stärkere Beruhigung eintreten zu lassen. Unverkennbar ist aber die Lage schon günstiger geworden. Die Bankiers und Makler beurteilen die Lage zuversichtlich. Sie rechnen freilich mit einem Kursverfall des Pfundes bis zu 25 Prozent.

Am Dienstag waren die Nominalnotierungen des Pfundes gegenüber

- New York 4,17%
- Paris 105,
- Brüssel 30,
- Zürich 21%,
- Berlin 18,
- Amsterdam 10,25,

durchschnittlich also etwa 12 1/2 Prozent niedriger.

Die City hofft, daß keine Zwangsfestsetzung erfolgt. Die Schwierigkeit der Lage werde sich durch Mobilisierung der inneren Kräfte des Londoner Marktes lösen. Andererseits ist aufgefällt, daß 500 000 Pfund Sterling südafrikanischen Barrengoldes wegen der Unsicherheit der Devisenlage zurückgezogen worden sind.

Die Frage ist jetzt, ob die englische Regierung den Pfundkurs auf einem niedrigeren Stand stabilisieren wird, wozu viele einflussreiche Wirtschaftspolitiker längst geraten haben, oder ob sie das Pfund nach der Überwindung dieser Krise wieder auf die alte Höhe treiben zu können hofft.

Für die Entscheidung dürfte die Reise Labals nach Amerika nicht ohne Einfluß sein. Der Beschluß über diese Reise wird in einem Ministerrat gefaßt werden, der am Freitag stattfindet. Es gilt aber schon als sicher, daß Labal fahren wird, und zwar bald nach dem Besuch in Berlin. Die Pariser Presse verzeichnet die Einladung mit Genugtuung, kann sich aber nicht versagen, Hoover daran zu erinnern, daß er mit der ultimativen Forderung bei der überraschenden Einleitung seiner Feiertagsreise das französische Prestige brüskiert hätte. Aber dieses Verbrechen wird jetzt, wo Hoover offenbar vor einem neuen Schritt das Einvernehmen Frankreichs einholen will, großmütig verziehen. In amerikanischen Kreisen hält man die Reise Labals nach Washington im Oktober gleichfalls bereits für vollkommen sicher. Labal wird sich voraussichtlich einige Tage in New York aufhalten und dann eine knappe Woche in Washington Gast Hoovers sein.

Ueber die Beteiligung Frankreichs an einer Stützungsaktion für England

besteht keinerlei Zweifel. Die Verhandlungen, die zwischen dem Gouverneur der Bank von Frankreich, dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten einerseits und dem englischen Geschäftsträger in Paris andererseits gepflogen worden sind, sind allerdings noch zu keinem greif-

baren Ergebnis gekommen. Man betont, daß es im Interesse Frankreichs liege, wenn die Stabilisierung des Pfundes so hoch wie möglich erfolge. Die Stabilisierungsanleihe, an der die französische Finanz weitgehend beteiligt sein wird, soll nach Auffassung unterrichteter Kreise so hoch sein, daß die englische Währung vor allen Manövern von außen oder innen geschützt ist.

Genf, 22. September. Zahlreiches Publikum und eine große Menge Pressevertreter hatten sich zu den Verhandlungen des Völkerbundsrates über den chinesisch-japanischen Konflikt eingefunden, der durch China auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundsstatutes dem Rat vorgelegt wurde. Der Vertreter Chinas im Rat, Sze (Gesandter in London), schilderte die jüngsten Ereignisse in der Mandschurei und erklärte, daß von der Besetzung ein Gebiet von der Größe Großbritanniens und Irlands betroffen sei.

Der Vertreter Japans im Rat, Yoshizawa, beantragte, die Verhandlung auf die nächste Sitzung des Völkerbundsrates zu vertagen, da er ungenügend unterrichtet sei und noch nicht zu dem Fall Stellung nehmen könne. Die japanische Regierung habe ihre Truppenführer angewiesen, alles zu unterlassen, was den Konflikt verschärfen könnte. Japan wolle keinen Krieg gegen China führen und würde auch den Vorschlag auf Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen beiden Ländern sehr begrüßen. Durch übereilte Schritte werde jedoch die öffentliche Meinung in Japan unnötig erregt und die friedliche Erledigung des Zwischenfalles erschwert.

Der chinesische Delegierte erwiderte, China sei bereit, die Unterordnung einem Ausschuß des Völkerbundes zu überlassen. China könne aber nicht in direkte Verhandlungen eintreten, wenn ein beträchtlicher Teil seines Landes besetzt sei und die japanische Regierung zu anderen als diplomatischen Mitteln gegriffen habe!

Nach weiteren Auseinandersetzungen erhob sich

### Lord Robert Cecil,

um darzutun, daß der Völkerbund in solchen Fällen wie hier schon eine feste Spruchpraxis habe. In solchen Fällen richte der Präsident des Völkerbunds einen Appell an die Parteien, den Streitfall friedlich zu lösen und fordere die besetzende Macht auf, das Gebiet zu räumen.

## Die Mark bleibt fest

### Erfreuliche Ablösung vom Pfund

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 22. September. Deutlich zeigt sich heute die erfreuliche Tatsache, daß die Mark, die gestern in London in den Pfundsturz hineingerissen zu werden drohte, sich von der englischen Währung loszulösen scheint und international stabil hält. Man konnte in London für 18 Mark ein Pfund kaufen. Schwer betroffen ist dagegen die dänische Krone, die auf Gebeh und Verderb mit dem Pfund verbunden ist. Sie ist in Paris um 20 Prozent gesunken. In Malmö in Schweden sollen dänische Kronen nicht mehr in Kauf genommen worden sein.

## Engländer dürfen keine Devisen kaufen

Notverordnung nach Berliner Muster

(Telegraphische Meldung)

London, 22. September. Die erste Regierungsmaßnahme, die auf Grund des Währungs-gesetzes getroffen wurde, ist die Veröffentlichung einer Verordnung des Schatzamtes, durch die jeder Kauf ausländischer Werte und jede Ueberweisung von Guthaben ins Ausland zu dem Zweck, dort mittelbar oder unmittelbar Devisen dafür zu erwerben, bis auf weiteres britischen Untertanen und solchen Personen, die ihre ständigen Wohnsitz in Großbritannien haben, verboten

wird. Das Verbot gestattet solche Transaktionen nur in den folgenden drei Ausnahmefällen:

1. Wenn eine normale wirtschaftliche Notwendigkeit nachgewiesen wird.
2. Wenn Verträge bestehen, die vor dem 21. d. M. abgeschlossen wurden.
3. Wenn Reisekosten oder andere begründete persönliche Ausgaben die Anschaffung von Devisen nötig machen.

## Genf kann China nicht helfen

Weil der japanische Ratsvertreter die Verhandlungen verschleppt

(Telegraphische Meldung)

Truppen, die sich auf fremdem Gebiet befänden, müßten zurückgezogen werden. Völkerbunds-satzung, Kelloggpaakt und das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean seien durch den vorliegenden Konflikt berührt. Er schlage daher vor, den Vereinigten Staaten eine Mitteilung über die gesamten Vorschläge des Rates zugehen zu lassen.

Den ganzen Nachmittag fanden unter der führenden Mitwirkung des Ratspräsidenten Besprechungen statt, um eine Einigungsformel zwischen den beteiligten Mächten zu finden. Diese Einigung war immer noch nicht zustande gekommen.

Der japanische Vertreter Yoshizawa erklärte sich zwar grundsätzlich für die Respektierung des Kelloggpaaktes und der Völkerbunds-satzung durch Japan, gab aber in keiner Weise zu erkennen, daß er die konkreten Vorschläge Lord Cecil's annehme.

Der chinesische Vertreter machte gegenüber dem sichtlich Bestreben Yoshizawas, eine Vertagung zu erreichen, die Dringlichkeit des Falles geltend. Die seit der Vormittagssitzung des Rates bei der chinesischen Delegation eingegangenen Telegramme enthielten zum Teil empörende Tatsachen und zeigten, daß die Lage in der Mandschurei sich zusehends verschlimmere. China müsse die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen verlangen.

Nach einer längeren Aussprache, in die auch Dr. Curtius eingegriffen hatte, beantragte der chinesische Delegierte, die nächste Sitzung des Völkerbundsrates möglichst bald, am besten schon Mittwoch stattfinden zu lassen.

Der japanische Delegierte erklärte, er könne sich diesem Verlangen nicht anschließen, da er die Richtlinien seiner Regierung erwarten müsse.

Der britische Vertreter appellierte an seinen japanischen Kollegen, das Eintreffen der notwendigen Instruktionen zu beschleunigen.

Schließlich wurde auf Vorschlag des Präsidenten im Sinne der heutigen Aussprache beschlossen, die nächste Sitzung des Völkerbundsrates sobald wie möglich, d. h. also nach dem Eintreffen der Richtlinien des japanischen Außenministeriums stattfinden zu lassen.

### Geht Henderson in die Regierung?

Reuter meldet: „Trotz der Nachrichten über den Stand des Pfundes im Auslande war die Stimmung durchaus zuversichtlich; die Zeitungen weisen darauf hin, daß gewisse Verluste unvermeidbar und zu erwarten seien, bevor es gelinge, das Pfund zu einem neuen Kurse zu stabilisieren. Es werden sogar Stimmen laut, die von einem Eintritt Hendersons, des Chefs der Opposition, in die Regierung sprechen. Durch dieses Ereignis würde die Opposition nur noch aus einigen Unverbesserlichen bestehen. Die Tatsache, daß Henderson eine lange Unterredung mit MacDonald hatte, führte zu zahlreichen Vermutungen.“

Ministerpräsident MacDonald leidet an den Folgen von Ueberarbeitung. Auf ärztliches Anraten wird er einige Tage auf dem Lande verbringen, seine Vertretung hat Baldwin übernommen.

### Verleihung des Adler-Schildes an Dr. Bosh

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 22. September. Der Reichspräsident hat dem Industriellen Ing. e. h. Robert Bosh in Stuttgart anlässlich seines heutigen 70. Geburtstages den Adlerschild des Reiches mit der Inschrift „Karl Bosh, dem Manne rastloser Arbeit und tätigen Erfindungsgeistes“ verliehen und diese Auszeichnung mit einem herzlichen Glückwunsch-Schreiben begleitet.

Francois-Poncet führt sich ein

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

So unwesentlich die meisten Worte erscheinen, die in diesen Tagen in Genf gewechselt werden...

Berlin, 22. September. Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten französischen Botschafter Francois-Poncet zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

„Die hohe Aufgabe, mit der ich betraut bin, ist mir unter Verhältnissen übertragen worden, die zu mancher Besorgnis Anlass geben...

Reichspräsident von Hindenburg

erwiderte u. a.: „Die große Gefahr, die die außerordentliche Wirtschaftskrise für die ganze Welt bedeutet, ist auch nach meiner Überzeugung nur durch Zusammenwirken aller Völker zu bannen.“

Wenige Stunden, nachdem der neue französische Botschafter seinen Antrittsbesuch beim Reichspräsidenten gemacht hatte, empfing er in den prächtigen Räumen des Botschafterpalais am Pariser Platz die deutsche und ausländische

Presse

In fließendem Deutsch — er hat, wie er heute erwähnte, in Berlin studiert und erinnert sich auch gern vieler anderer deutscher Städte (auch Düsseldorf?) — begrüßte er die Vertreter der Zeitungen...

abschließen, sondern fühle sich eng mit ihr verbunden und wolle in ehrlicher Zusammenarbeit helfen...

samen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zu gelangen, entsprechen dem Wunsche aller vernünftig denkenden Franzosen.

Schweres Bootsunglück bei Vorkum

15 Personen ertrunken

(Telegraphische Meldung)

Rorderney, 22. September. Das Motorboot „Annemarie“, das mit 19 Personen an Bord einen Ausflug nach der Insel Juist unternommen hatte, ist auf der Rückfahrt während der Nacht durch stürmisches Wetter in Seenot geraten und gesunken.

Nach seinen Angaben ist das Boot infolge des schweren Seeganges vollgeschlagen. Ueber das Schicksal der übrigen Fahrteilnehmer konnte er keine genauen Angaben machen.

Gesamtzahl der Geretteten beträgt vier. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die übrigen

15 Personen,

darunter der Badedirektor und Zeitungsverleger Specht von Vorkum, ein Opfer der Wellen geworden sind.

Zu dem schweren Bootsunglück erfahren wir noch:

Auf Juist fand am Montag ein Turnfest statt. Zu diesem Fest hatten sich Vorkumer Inselbewohner mit dem Boot des Vorkumer Badedirektors Specht von Vorkum nach Juist eingeschifft.

Schwere Zuchthaus-Anträge im Kurfürstendamm-Prozess

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 22. September. In dem Prozess gegen die 34 Angeklagten wegen der Kurfürstendammkrawalle beantragte Staatsanwalt Schabe gegen die als Führer Angeklagten Ernst Ponke, Ingenieur Georg Gewehr und Diplomingenieur Brandt wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenhaß eine Strafe von je 2 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von 3 Jahren.

wegen Anstiftung zum einfachen Landfriedensbruch eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten beantragt, die vom Staatsanwalt geforderten Strafen gegen die anderen Angeklagten bewegen sich im Rahmen von einem Jahr bis ein Jahr neun Monate Gefängnis.

Deutschlands Gläubiger sollen deutsche Waren kaufen

Die Schweiz fühlt sich nicht verpflichtet

(Telegraphische Meldung)

Genf, 22. September. Im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes wurde die deutsch-schweizerische Auseinandersetzung über die Handelsbeziehungen der beiden Länder beendet durch eine kurze Erklärung des schweizerischen Delegierten.

verstärkten Zollschutz gegen die Aufnahme deutscher Waren sträubten.

Dr. Curtius kehrt zurück

(Telegraphische Meldung)

Genf, 22. September. Reichsaussenminister Dr. Curtius reist Mittwoch nachmittag in Begleitung von Geheimrat Dr. Reinebeck vom Auswärtigen Amt nach Berlin ab.

Pfund-Panik in Paris und an der Riviera

(Telegraphische Meldung)

Paris, 22. September. Die englische Währungskrise hat unter den zahlreichen dauernd oder vorübergehend in Paris weilenden Engländern geradezu panikartig gewirkt.

Die Reichsdeutschen, die während der Juli-Krisentage auf Reisen waren, ganz besonders, wenn sie sich zu dieser Zeit im Ausland aufgehalten haben, werden sich nicht ohne eine gewisse SchadeFREUDE der eigenen traurigen Erlebnisse mit ausländischen Banken und manchen Hotels erinnern.

Die internationale Kohlenkonferenz in London ist, nachdem alle europäischen Kohlenländer ihre Teilnahme angemeldet haben, auf den 30. September festgesetzt worden.

Der Zentrumsführer in Preußen, Dr. Heß, ist operiert worden. Ihm wurde ein Bein abgenommen.

Personalabbau auch bei der Reichspost

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 22. September. Die Entwicklung der Deutschen Reichspost stand, wie aus dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 — 31. März 1931) hervorgeht, stark unter dem Einfluß der allgemeinen Wirtschaftskrise.

weisen auf die Vorräte und Lieferungsansprüche von 7,1 Millionen RM., die Kasse von 16,5 Millionen RM., sodas sich der Zugang bei den Aktiven im ganzen auf 90,4 Millionen RM. stellt.

Auch im Betriebe der Deutschen Reichspost zwingt die Abnahme des Verkehrs auch zu einer gewissen Verminderung der Arbeitskräfte.

Gleichbleibendes Anziehen der Arbeitslosigkeit

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 22. September. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. September 1931 hat sich die Lage des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Septembers ungefähr in der gleichen Weise weiter entwickelt, wie in der vorhergehenden Berichtszeit.

um rund 1,3 Millionen höher liegt als im Vorjahre. Die Belastung der von der Reichsanstalt verwalteten Unterstützungseinrichtungen hat zusammen um rund 70 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen.

Es steht nunmehr fest, daß der Reichstag am 13. Oktober zusammentritt.

Der Ältesten-Ausschuß des Preussischen Landtages beschloß, die Anträge auf Eiderung des Landtages abzulehnen.

Das Preussische Finanzministerium und das Preussische Kultusministerium haben jetzt die ersten Durchführungsbestimmungen zu der preussischen Notverordnung aufgestellt.





# Aus Oberschlesien und Schlesien

## 200 Mk. Geldstrafe für Dr. Kleiner MdR.

# Fortsetzung des Wahlkampfes im Gerichtssaal

## 14 Punkte gegen den Angeklagten — Rechtsanwalt Dr. Everling, Berlin, als Verteidiger Um das Republikshutzgesetz

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 22. September. Auf Grund von Äußerungen, die in einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Gleiwitz gemacht wurden, war über Reichstagsabgeordneten Dr. Kleiner, Bentzen, durch Strafbefehl eine Gefängnisstrafe von drei Monaten verhängt worden. Nachdem Dr. Kleiner Widerspruch eingelegt hatte und die erste Verhandlung vertagt worden war, wurde am Dienstag vor dem Schöffengericht in Gleiwitz unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Przilling erneut verhandelt. Dr. Kleiner wurde wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von 10 Tagen zu 200 Mark Geldstrafe und, soweit Verurteilung erfolgt war, zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Prozeß gegen Dr. Kleiner wurde in mehrfacher Hinsicht ein Ereignis. Der Zuhörerraum des neuerdings für Schöffengerichtssitzungen verwendeten Schwurgerichtssaales war bereits vor Beginn des Prozesses überfüllt. Als Verteidiger von Dr. Kleiner war Rechtsanwalt Dr. Everling, Berlin, anwesend, dem Rechtsanwalt Dr. Buschke die Verteidigung abtrat. Rechtsanwalt Dr. Everling, Reichstagsabgeordneter, ist als hervorragender Sachkenner in politischen Prozessen dieser Art bereits bekannt, und er hat auch bei der Beratung des Republikshutzgesetzes mitgewirkt. Seine Bemühungen gingen seiner Zeit dahin, die im Republikshutzgesetz vorhandenen, ungenauen Tatbestände zu beseitigen und genaue Formulierungen einzuführen. Mit diesen Bestrebungen hatte er allerdings recht geringen Erfolg, denn wie er auch im Verlauf seines Plädoyers zum Ausdruck brachte, ist diese Unklarheit in den Tatbestandsmerkmalen aus dem Republikshutzgesetz nicht beseitigt worden. Diesem Umstand schrieb es Dr. Everling auch zu, daß es zu diesen und ähnlichen Prozessen kommen konnte. Beachtenswert war der Prozeß weiterhin auch deswegen, weil Dr. Everling grundsätzliche Ausführungen machte und interessante Reichsgerichtsentscheidungen zitierte. Nicht zuletzt verdient die Art und Weise, in der es zur Anklageerhebung kam, einiges Interesse. Nachdem

### Landgerichtsdirektor Dr. Przilling

den Eröffnungsbeschuß und den Inhalt der Strafbefehlsbegründung bekannt gegeben hatte, umriß der Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwaltschaftsrat Ritalu, die einzelnen Punkte, und originellerweise waren es gerade 14 Punkte wie bei Wilson, die Dr. Kleiner vorgeworfen wurden. Dr. Kleiner soll die Staatsform angegriffen und Persönlichkeiten der Regierung, insbesondere Dr. Wirth und Dr. Curtius, beleidigt und beschimpft haben.

### Dr. Kleiner MdR.

über die Beschuldigungen vernommen, führte aus, daß die in den Berichten der Kriminalbeamten enthaltenen Ausdrücke weder der Form noch der Sache nach den Ausführungen entsprächen, die er tatsächlich gemacht habe. Die Berichte seien lüdenhaft, stümperhaft und enthielten teilweise Behauptungen, die gerade das Gegenteil dessen zum Ausdruck brächten, was er gesagt habe. Uebrigens seien die Berichte nicht sachlich gehalten, sondern tendenziös gefärbt.

Er wende sich an Politiker nicht gegen eine äußere Einrichtung, sondern gegen die ihr zugrunde liegende Weltanschauung.

Er habe niemals eine Einzelpersonlichkeit, sondern stets ein System im Auge, und zwar dasjenige System, das gegenwärtig durch die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei gehandhabt werde. Die deutsche Demokratie sehe er als Nachahmung der westlichen Demokratie. Er wende sich nicht gegen die Staatsform, sondern sei vielmehr der Ansicht, daß innerhalb dieser Staatsform auch ein ganz anderes System herrschen könne, beispielsweise dasjenige System, das die Deutschnationale Volkspartei im Auge habe.

Dr. Kleiner nahm dann Stellung zu den einzelnen ihm vorgeworfenen Äußerungen und führte sie in dem Zusammenhang an, in dem er sie seiner Zeit geäußert hat. Hierbei richtete der Verteidiger an ihn die Frage, ob nach seiner Ansicht heute noch eine Demokratie bestehe. Dr. Kleiner erwiderte:

„Nein. Unsere Demokraten haben die Demokratie selbst abgelegt.“

Dr. Everling definierte dann den Begriff Regime dahin, daß er die Zusammenfassung einer Regierung oder der maßgebenden Schichten, nicht aber

die Staatsform bedeute, die eine fundamentale Einrichtung sei.

Hierauf wurden diejenigen Zeugen vernommen, die auf Antrag von Dr. Kleiner geladen worden waren. Stadtrat Jagoda, Stadtbauingenieur Hoffmann, Ingenieur Ortman und Lehrer Parischke bekräftigten übereinstimmend, daß sie in den Ausführungen von Dr. Kleiner in keiner Weise Beleidigungen oder Beschimpfungen bemerkt hätten. Stadtrat Jagoda betonte, daß er genau auf die Ausführungen von Dr. Kleiner geachtet habe, schon um zu vermeiden, daß die Versammlung aufgelöst würde. Auch die anwesenden Kriminalbeamten hätten keinen Grund gefunden, einzuschreiten. Ferner bekräftigten diese Zeugen, daß Dr. Kleiner immer erst als Schlussfolgerung längerer Ausführungen zu einigen der ihm vorgeworfenen Äußerungen gekommen sei und daß

diese Äußerungen dann eine ganz andere Beleuchtung erhielten als wenn sie herausgenommen werden, wie es in dem Bericht der Kriminalbeamten geschehen sei.

Einige Äußerungen seien in dieser Form überhaupt nicht gefallen. Die Vernehmung der Kriminalbeamten ergab, daß sie sich nur Stichworte aufgeschrieben und aus ihnen die Ausführungen rekonstruiert hatten. Die beiden Kriminalbeamten gaben an, daß sie den Eindruck gehabt hätten, Dr. Kleiner habe gegen das Republikshutzgesetz verstoßen. Auf der anderen Seite gaben sie aber durchaus die Möglichkeit an, daß bei der Wiedergabe der Äußerungen in ihren Berichten Irrtümer unterlaufen sein könnten. Bei dem Bericht, der in Gleiwitz angefertigt wurde, konnte dies ohne weiteres der Fall sein, und in der Versammlung in Weiskretscham, die kurze Zeit nach der Versammlung in Gleiwitz stattgefunden hat, nahm eine Stenotypistin den ihr wichtig erscheinenden Teil der Verhandlungen auf. Auch diese Stenotypistin wurde vernommen und gab die Möglichkeit von Irrtümern an. Rechtsanwalt Dr. Everling bemerkte hierzu, daß

es eigenartig sei, wenn es der Entscheidung einer Stenotypistin unterliege, welche Äußerungen eines Politikers als wichtig anzusehen seien,

und er fügte hinzu, daß es sich hier um ein System handle, wobei Männer von Ehre von Menschen überwachet werden, die weder intellektuell noch ihrer Ausbildung nach in der Lage seien, der Rede zu folgen.

### Staatsanwaltschaftsrat Ritalu

begann sein Plädoyer mit dem später von Dr. Everling als klassisch bezeichneten Satz: „Die Verhandlung hat den Zweck, mit dem strafrechtlich noch zu lassenden Rest des vorjährigen Wahlkampfes abzurechnen.“ Weiterhin führte Staatsanwaltschaftsrat Ritalu aus, daß heute verständlicherweise die Erinnerung sämtlicher Zeugen getrübt sei und genaue Angaben nicht mehr gemacht werden könnten. Mehr Wert habe die Aussage, die von den Kriminalbeamten schriftlich festgelegt sei. Zweifellos wiesen diese Niederschriften Unrichtigkeiten und Mängel auf. Es komme aber auf die Beweisaufnahme nicht so genau an, weil der Angeklagte im wesentlichen zugegeben habe, was ihm im Strafbefehl zur Last gelegt werde. Gewiß dürfe man keine Kraftausdrücke herausheben, sondern es komme auf den Zusammenhang und auf den gesamten Inhalt der Rede an. Dr. Kleiner habe das gegenwärtige System sehr leidenschaftlich bekämpft. Tatbestandsmerkmale des Vergehens gegen das Republikshutzgesetz seien die Beschimpfung der bestehenden Staatsform, die böswillige und absichtliche Verächtlichmachung der Staatsform und die Herabwürdigung von Staatsmännern durch Beschimpfung und Ver-

leumdung. Diese Tatbestandsmerkmale seien gegeben. Nachdem Staatsanwaltschaftsrat Ritalu die einzelnen Punkte der Anklage durchgesprochen hatte, beantragte er eine Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis.

### Rechtsanwalt Dr. Everling

ging zunächst auf den ersten Satz des Plädoyers des Staatsanwalts ein und zog daraus die Schlussfolgerung, daß sich das Strafverfahren als eine Fortsetzung des Wahlkampfes mit den Mitteln des Strafrechts herausstelle. Dies sei ein Mißbrauch des Strafrechts. Dr. Everling widersprach den einzelnen Ausführungen des Staatsanwalts, bestritt die Qualifikation der Hauptbelastungszeugen für die Ueberwachung von politischen Versammlungen und erklärte,

die Regierung habe absichtlich unklare Definitionen für das Republikshutzgesetz gewählt, um der ausführenden Behörde die Mittel an die Hand zu geben, gegen die Opposition vorzugehen.

Das Reichsgericht habe für den Begriff der Staatsform die Definition geschrieben, daß sie nicht äußere Umstände, sondern den Ideen- und Gebankenzirkel bezeichne, der in der Verfassung seinen rechtlichen Niederschlag gefunden habe. Dr. Kleiner stehe für jedes Wort ein, das er gesagt habe. Wenn er aber Politiker angegriffen habe, dann habe er dies, besonders gegenüber Dr. Wirth, in der Verteidigung getan. Vor allen Dingen treffe in seinen Ausführungen das Moment der Böswilligkeit unter keinen Umständen zu. Bei einer philosophischen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und einer anderen Weltanschauung sei der Vorwurf unberechtigt, daß gegen die Staatsform Stellung genommen worden sei. Es handle sich hier nicht um Einrichtungen, ohne die die Republik unsichtbar sei.

Einen Verstoß gegen die Wahlfreiheit, gegen die Pflicht des Abgeordneten, dem Volk die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie regierenden Stellen unangenehm ist und nicht zuletzt gegen die Souveränität des Volkes behaupte es,

wenn eine regierende Minderheit gegenüber der oppositionellen Mehrheit mit Strafgesetzen vorgehe.

Selbst, wenn die Berichte der Kriminalbeamten richtig wären, würde das Moment der Böswil-

ligkeit fehlen, und aus der Kritik der herrschenden Zustände könne keineswegs auf einen Angriff gegen die Staatsform geschlossen werden, die durch das Republikshutzgesetz geschützt werden solle.

Dr. Kleiner erklärte in seinem Schlusswort, daß dasjenige, was er gesagt und getan habe, aus nationaler Gewissenspflicht heraus geschehen sei. Der Staatsanwalt mache es sich sehr leicht, ihn zu überführen.

So, wie es in den Berichten stehe, könne er sich gar nicht ausdrücken, weil er die deutsche Sprache beherrsche.

Er habe seit 13 Jahren nur für die Freiheit des deutschen Volkes gekämpft und werde dafür auch weiter kämpfen. Nach etwa zweistündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Przilling

### Das Urteil,

daß über eine an Stelle von zehn Tagen Gefängnis verhängte Geldstrafe von 200 Mark laute. In der Urteilsbegründung kam zum Ausdruck, daß das Gericht Dr. Kleiner nur in einem Punkte für schuldig befunden und ihn von den übrigen 13 Punkten der Anklage freigesprochen hat. Das entscheidende Moment für die Verurteilung war die Äußerung gegen die Demokratie, in der ein Verstoß gegen das Republikshutzgesetz gesehen wurde. Hinsichtlich der übrigen Punkte der Anklage wurde zum Teil die beleidigende Absicht als nicht vorliegend erachtet, zum Teil die Wahrung berechtigter Interessen anerkannt und auch die ungenaue Wiedergabe der Berichte berücksichtigt. Bezüglich des Strafmaßes sind Dr. Kleiner mildernde Umstände mit Rücksicht darauf zugesprochen worden, daß er seinen Kampf ehrlich geführt habe und daß es ihm nicht darauf ankomme, die Minister herabzusetzen, sondern seinem Volke zu helfen. Wenn er aber hierin seine Grenzen überschreite, müsse er zur Verantwortung gezogen werden.

### Schärfste Sparsamkeit, ein Gebot der Stunde

## 1500000 Mark Fehlbetrag bei der Provinz Oberschlesien

Ratibor, 22. September.

Der Provinzialausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung in der Hauptsache mit der Finanzlage und den notwendigen Sparmaßnahmen. Die schwere Wirtschaftskrise und die damit verbundene geringe Steuerkraft der Bevölkerung wirken sich in schärfster Weise auf die öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften aus. Es wird an maßgebender Stelle damit gerechnet, daß im Rechnungsjahre 1931 ein Ausfall an Reichssteuereinnahmen bis zu 20 Prozent zu erwarten ist. Einen gleichen Rückgang kann man auch für das Aufkommen an Kreis- und Provinzialabgaben ansetzen, zumal diese Steuerarten sich zum Teil auf den an die Gemeinden und Kreise erfolgenden Reichssteuerüberweisungen aufbauen.

Für den Provinzialverband Oberschlesien bedeuten diese Steuerausfälle eine Mindereinnahme von etwa 1400 000 M.

Berücksichtigt man außerdem die sonstigen Mindereinnahmen gegenüber den Etatsansätzen und die bedeutend höheren Aufwendungen für den Finanzdienst für die bisherigen Anleihen, so wird sich der Fehlbetrag auf mindestens 1500 000 Mark stellen. Anleihen zur Deckung dieses Fehlbetrages können nach den Notverordnungen nicht in Frage, es hilft also nur eins: Rücksichtslosse Drosselung aller Ausgaben. Der Oberschlesische Provinzialausschuß hatte sich bereits in seiner Sitzung am 2. Juli 1931 mit diesen Fragen beschäftigt und den Landeshauptmann ermächtigt, vorläufige Maßnahmen für die Einsparungen zu treffen.

In der letzten Sitzung des Provinzialausschusses erstattete nun der Landeshauptmann Bericht über die Maßnahmen. Es sind Verfügungen an die einzelnen Dezernate und Provinzialanstalten erlassen worden, wonach die Bewilligung von Kanaleröffnungen, Beihilfen, Zuschüssen und sonstigen Leistungen, auf die kein

Rechtsanspruch besteht, für alle Dezernate und Anstalten bis auf weiteres eingestellt werden. Aber auch bei allen sonstigen Angaben wurde den einzelnen Abteilungen der Verwaltung allergeringste Sparsamkeit aufgegeben. Die Anstalten müssen, wenn die Fürsorge nicht gefährdet werden soll, unbedingt auf eine erhebliche Herabsetzung der Ausgaben bedacht sein, alle Neuanschaffungen und Ausgaben müssen unterbleiben. Von den einzelnen Abteilungen der Verwaltung wurden Berichte darüber eingefordert, welche Ersparnisse bei den einzelnen Titeln des Haushaltsplanes für 1931 gemacht werden können. Auf Grund dieser Berichte wird dem Provinzialausschuß zu seiner nächsten Tagung ein abgeänderter, auf eine Ersparnis von 1500 000 Mark hinsiegender Haushaltsplan vorgelegt werden.

### Ueberwachung des Verkehrs und Handels mit Wild

Wie der Amtliche Preussische Presse- und Informationsdienst aus einem Munderlaß des Landwirtschaftsministers mitteilt, veranlassen Wilddiebereien größeren Umfangs und gewerbsmäßige Hehlerei mit rechtswidrig erlegtem Wild den Minister, das Augenmerk der beteiligten Dienststellen und Beamten auf eine schärfere Ueberwachung des Verkehrs und Handels mit Wild zu lenken, insbesondere hinsichtlich der Einhaltung der Schonzeiten sowie des bei der Verendung von Wild erforderlichen Ursprungscheines. Um Unregelmäßigkeiten auf die Spur zu kommen, bedarf es neben der möglichst laufend sicherzustellenden Prüfung der Herkunft der auf den Bahnhöfen und bei den Postanstalten eingelieferten und am Bestimmungsort eintreffenden Wildsendungen auch einer Beobachtung der Beförderung von Wild auf Landstrassen mit Kraftwagen und anderen Fahrzeugen sowie der Ueberwachung des Hautierhandels.











# Das Witwenpiel

## Eine Novelle von Sigrid Stenroos

Stenroos ritt die weite, weite Straße, eben so wie die Vögel, und warf sich auf die Erde, um zu sterben. Er lag in einem Eschensbaum, der seine Äste nach Norden ausstreckte. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war.

Einmal, als er in der Nähe des Hofes stand, sah er eine Frau, die in einem roten Kleid ging. Sie sah ihn an und ging weiter. Er dachte an sie, an ihre Augen, an ihre Lippen. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war.

als Friede bei ihm immer blüht an ihn heran, zum Schluss wollte die ihr wohl noch ganz beschlingen. Sie hatte den Kopf in die Hand genommen und schrie. Sie hatte den Kopf in die Hand genommen und schrie. Sie hatte den Kopf in die Hand genommen und schrie.

Einmal, als er in der Nähe des Hofes stand, sah er eine Frau, die in einem roten Kleid ging. Sie sah ihn an und ging weiter. Er dachte an sie, an ihre Augen, an ihre Lippen. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war.

Einmal, als er in der Nähe des Hofes stand, sah er eine Frau, die in einem roten Kleid ging. Sie sah ihn an und ging weiter. Er dachte an sie, an ihre Augen, an ihre Lippen. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war. Er dachte an die alte, alte Straße, die er so oft gegangen war.

# Schlesische Denkwürdigkeiten

## Von Fritz Antlid

Das Witwenpiel wird fortgesetzt. Die Witwen sind in der Stadt zu Hause geblieben. Sie haben ihre Häuser verlassen und sind in die Städte gezogen. Sie haben ihre Häuser verlassen und sind in die Städte gezogen. Sie haben ihre Häuser verlassen und sind in die Städte gezogen.

Das Witwenpiel wird fortgesetzt. Die Witwen sind in der Stadt zu Hause geblieben. Sie haben ihre Häuser verlassen und sind in die Städte gezogen. Sie haben ihre Häuser verlassen und sind in die Städte gezogen. Sie haben ihre Häuser verlassen und sind in die Städte gezogen.

# Sittengewisse aus dem 14. Jahrhundert

## Das Giftpulver von Stanklein

Das Giftpulver von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein.

Das Giftpulver von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein. Die Geschichte des Giftpulvers von Stanklein.

# Das allgemeine Landrecht und die Schlichter

## Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262

Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262. Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262. Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262. Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262.

Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262. Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262. Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262. Die Aufhebung des Freiwortrechts aus § 17. 262.

Druck: ...





Zur Frage der Mietsenkung

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wird auch die Frage der Senkung der Mieten anschnitten. Wie wichtig dieses Problem für den Einzelhaushalt ist, geht aus der Tatsache hervor, daß der Anteil der Miete am Volkseinkommen in den letzten Jahren stetig gestiegen ist.

Die Hausbesitzerorganisationen und die Realcreditinstitute haben sich auf einen Plan geeinigt, der von dem Präsidenten des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, Stadtrat Josef Humar (München) herührt.

digen Mittel dem Hausbesitzer durch die Hilfe der Hypothekenbanken erleichtert werden soll.

Dieser Plan stößt naturgemäß auf eine erbitterte Gegnerschaft in den Kreisen der Mieter und besonders derjenigen Kreise, die unter Gehalt- und Lohnabbau besonders zu leiden haben.

Hermes.

Keine überstürzte Kartellzerstörungspolitik

Die Reichsregierung steht vor einer wichtigen Entscheidung: In der Kartellfrage hat sich anscheinend die Tendenz durchgesetzt, die ohne Rücksicht auf die Folgen für die Existenz vieler Betriebe eine rücksichtslose „Auflockerung“ durchzusetzen will.

Nun könnte man manche Gründe für diese Politik anföhren. Ihr Ziel, die Anpassung an die Deflation, die eine Welttatsache geworden ist, möglichst rasch zu erreichen, ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt.

der schwersten Krise vorgenommen werden soll. Und hoffentlich ist man sich im klaren darüber, daß gerade die kleineren und mittleren wirtschaftlichen Unternehmungen die Hauptlast einer überstürzten Kartellzerstörungspolitik zu tragen haben werden.

oder ausgehöhlt werden, daß aber die Lohnkartelle unversehrt erhalten bleiben sollen. Man will also noch immer nicht einsehen, daß dem an sich volkswirtschaftlich wünschenswerten Bestreben nach hohen Löhnen durch die Aufbringungsfähigkeit der Betriebe unüberschreitbare Grenzen gezogen sind.

Berliner Produktenmarkt

Fester Lieferungsmarkt

Berlin, 22. September. Die Produktenbörse zeigte heute wieder ihr normales Aussehen, im Mittelpunkt der Erörterungen stand allerdings weiterhin die Entwicklung der internationalen Finanzlage.

Berliner Viehmarkt

Berlin, den 22. September 1931. Ochsen. Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht. a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes 1. jüngere 35-37

Table with columns for 'Färsen', 'Fresser', 'Schafe', 'Schweine' and various sub-categories with prices.

Breslauer Produktenmarkt

Weizen fester

Breslau, 22. September. Die Tendenz für Weizen war um 1 bis 2 Mark fester, während Roggen unverändert liegt.

Metalle

Berlin, 22. September. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Preis für 100 kg in Mark: 69%.

Börseneröffnung am Donnerstag?

Im Ausland teilweise schon wieder Kassaverkehr

Berlin, 22. September. Der Berliner Börsenstand wahrscheinlich unter Hinzuziehung aller deutschen Börsenvorstände darüber Beschluß fassen, ob die Lage am Donnerstag schon eine Wiedereröffnung der Börsen zuläßt.

keine Unterbrechung der laufenden Verpflichtungen

treten zu lassen. Daher wird auch die auf den 23. September festgesetzte Fälligkeit der Differenzzahlungen aus Termingeschäften auf Beschlüsse des Börsenvorstandes durch die Einstellung der fortlaufenden Notizen nicht berührt, da die Anschaffung der notwendigen Beträge im allgemeinen bereits Ende der vorigen Woche erfolgte.

stand wahrscheinlich unter Hinzuziehung aller deutschen Börsenvorstände darüber Beschluß fassen, ob die Lage am Donnerstag schon eine Wiedereröffnung der Börsen zuläßt.

Im Ausland bemüht man sich anscheinend, möglichst schnell über diese unfreiwillige Börsenruhe hinwegzukommen. Amsterdam hat heute schon wieder geöffnet, in Belgien hat man bereits mit dem Kassaverkehr wieder begonnen, und auch in Zürich und Basel findet ein Teilverkehr statt.

Erhöhung des Privatdiskontes auf 8 Prozent

zu diskontpolitischen Maßnahmen gezwungen sein wird und erwartet, daß in erster Linie Frankreich unter der englischen Währungs-krisis zu leiden haben wird.

London, 22. September. Kupfer (£ per To.) Tendenz unregelmäßig, Standard per Kasse 30 1/2 -30%, per 3 Monate 31 1/2 -31%, Settl. Preis 30%, Elektrolyt 36-37, best selected 32-33 1/2, strong sheets 67, Elektrowirebars 37, Zinn (£ per Tonne), Tendenz unregelmäßig.

Warschauer Produktenbörse

Warschau, 22. September. Roggen 20,75-21,25, Weizen 23-23,50, Weizenmehl luxus 45-55, Weizenmehl 0000 40-45, Roggenmehl 37-39, Weizenkleie grob 14,50-15, Weizenkleie mittel 14-14,50, Roggenkleie 12-12,50, Hafer einheitlich 21-23, Umsätze klein, Stimmung ruhig.

Posener Produktenbörse

Posen, 22. September. Roggen 21,50-22, Weizen 20-21, Mählgerste 19,50-20,50, Braugerste 23,50-24,50, Hafer einheitlich 19,50-20,50, Roggenmehl 33-34, Weizenmehl 31,50-33,50, Roggenkleie 12,50-13,25, Weizenkleie 11,75-12,75, grobe Weizenkleie 12,75-13,75, Rest der Notierungen unverändert. Stimmung ruhig.

Devisenmarkt

Table with columns for 'Für drahtlose Auszahlung auf', '22. 9.', '21. 9.', 'Geld', 'Brief' and various currencies like Buenos Aires, Canada, Japan, etc.

Berliner Produktenbörse

Table with columns for 'Berlin, 22. September 1931' and various commodities like Weizen, Weizenkleie, Roggen, Raps, Leinsaat, Gerste, Futtermittel, etc.

Breslauer Produktenbörse

Table with columns for 'Breslau, 22. September 1931' and various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Futtermittel, etc.

Banknoten

Table with columns for 'Sorten- und Notenkurse vom 22. September 1931' and various banknotes like Sovereigns, 20 Francs-St., Gold-Dollars, etc.

Warschauer Börse

Warschauer Börse. Bank Polski 115,00. Ostrowieckie 42,50. Dollar 8,91, Dollar privat 8,94-8,9275, New York Scheck 8,925, New York Kabel 8,929, Paris 35,05, Prag 26,445, Schweiz 174,40, Holland 360,30, Berlin im internationalen Bankverkehr 211,85, Berlin im Privatverkehr 211,40-211,45, Pos. Konversionsanleihe 5% 44,50, Eisenbahnanleihe 10% 100, Tendenz in Aktien und Devisen uneinheitlich.